

Der Aufbau der zweiten Republik

Jugend vor die Front — Judenfeindliche Kundgebungen

Die Jugend der tschechischen Volksozialen Partei in Prag hat die Forderung nach einer Ablösung der alten Politiker-Generation durch junge unverbrauchte Kräfte erhoben, die den Aufbau der zweiten Republik mit Erfolg durchführen könnten. Die Führung der tschecho-slowakischen Sotolgemeinde verlangte im besonderen eine Vereinigung der Judenfrage. Sämtliche Juden, die erst nach 1914 eingewandert sind, sollen zum Verlassen des Landes aufgefordert werden.

Die jüdenfeindlichen Kundgebungen in Prag nehmen ihren Fortgang. So drangen Demonstranten in eine Reihe von Kaffeehäusern ein, stimmten jüdenfeindliche Sprechchöre an und versuchten, die Juden aus den Lokalen herauszubringen. Die Polizei, so heißt es in einem amtlichen Bericht, hat die Ruhe wiederhergestellt und 15 Personen verhaftet, die im polizeilichen Schnellverfahren zu je 7- bis 14-tägigen Arreststrafen verurteilt wurden. Trotz dieses amtlichen Vorgehens nimmt man in Prag allgemein an, daß die antisemitische Welle im tschechischen Volk, dessen ganzes Unglück auf die Irreführung durch die jüdische Presse und die jüdischen Heber zurückzuführen ist, durch Polizeistreifen nicht zum Stillstand gebracht werden kann.

Prags neuer Kurs

Selbst in den Zeitungen Prags, die feinerzeit rückhaltlos hinter dem Beneš-Regime standen, wird der grundlegende Wandel in der tschecho-slowakischen Außenpolitik unterstrichen und verfochten. So schreiben die linksgerichteten „Lidove Roviny“ u. a.: „Man ruft heute

nach einer außenpolitischen Umorientierung, aber diese Ruft sind unnötig, weil sie bereits durch die Entwicklung überholt sind. Die Funktion der Tschecho-Slowakei in der Außenpolitik hat sich selbsttätig geändert und damit auch die Orientierung. Auch diejenigen, die bis zu den umwälzenden Ereignissen an die Richtigkeit der Orientierung nach dem Westen hin glaubten, gestehen heute ein, daß diese Linie verfehlt hat. Die neue Aufgabe der neuen Tschecho-Slowakei wird sich aus den neuen europäischen Verhältnissen ergeben. Wenn wir einen neuen Platz in der Welt suchen wollen, müssen wir diese Welt gut kennen.“

Kein Interesse am Arbeitslager

Die Musterungen für die neu errichteten Arbeitslager für Arbeitslose in der Tschecho-Slowakei dauern noch an. Die Meldungen der tschechischen Blätter über baldige Aufnahme der Tätigkeit haben sich als verfrüht erwiesen. „Česko Slovo“ berichtet, daß von 1250 Gemusterten plötzlich ein Drittel erklärte, es sei beschäftigt. Man ist also genötigt, diese Angaben noch zu prüfen. Offenbar haben sich viele Leute als arbeitslos gemeldet, die Arbeit hatten, sich aber betrügerischerweise in den Besitz der Unterstützung setzen wollten. Wie es scheint, drängt man sich nicht gerade danach, in die Arbeitslager zu kommen. Jede der Arbeitsgruppen in den Lagern soll 250 Mann umfassen. Bisher konnten nur drei solcher Gruppen zu je 190 Mann aufgestellt werden.

auch nur Schikanierungen der in den betreffenden Gebieten verbliebenen Tschechen durch die deutsche Wehrmacht oder die Zivilbehörden zu sehen. Uebereinstimmend wird festgestellt, daß sich die deutschen Soldaten vollkommen korrekt verhalten.

In einem Bericht der „Narodni Politika“ aus Nordmähren wird betont, daß sich das deutsche Heer sehr anständig benommen habe. In einem Schreiben aus Troppau wird ferner darauf hingewiesen, daß ein dort befindliches tschechisches Gymnasium den Unterricht wieder aufgenommen habe. Es hätten sich aber von 700 Schülern nur 50 gemeldet. In allen Dörfern in der Umgebung von Troppau, wo noch Tschechen wohnen, seien die politischen und wirtschaftlichen Verordnungen der deutschen Behörden auch in tschechischer Sprache ausgehängt.

Ueber die Befehle Engeraus gegenüber von Preeburg heißt es, daß dort vorbildliche Ordnung herrsche. In Engerau sei früher ein Kommissariat der Preeburger Polizeidirektion gewesen und

die Wachleute, die sich den deutschen Behörden zur Verfügung gestellt haben, könnten jetzt weiter ihren Dienst versehen. Es sei auch jedem, der in Preeburg berufslich zu tun hat, gestattet, täglich an seinen in der Slowakei gelegenen Arbeitsplatz zu gehen.

„Die Slowaken dürfen weder Marx noch Lenin folgen“

Die politischen Parteien haben ihre Rolle ausgespielt Eine Rede des Ministerpräsidenten Dr. Šišo

Prag. Der Vorsitzende der slowakischen Regierung, Dr. Jozef Šišo, hielt im slowakischen Badeort Žilina (Banska Bystrica) eine Rede über die Ereignisse in der letzten Zeit. Er schilderte zunächst den Kampf der slowakischen Volkspartei um die Autonomie. Ueber die zukünftige Politik in der Slowakei erklärte er, daß niemand überrascht sein werde, wenn er behauptet, daß

die politischen Parteien ihre Rolle ausgespielt hätten. Die Idee der Nation habe gesiegt und das Volk werde daher in Zukunft keine Parteien haben und keine Absichten mehr brauchen.

Andererseits habe die slowakische Regierung nicht die Absicht, ausländische Beispiele blind nachzuahmen. Sie wisse nur, daß das Volk einzig sein müsse und sich nicht in Parteien und Gruppen spalten dürfe. Ferner dürfe das slowakische Volk keinen Nachbarnstaat provozieren und müsse sich jeder Eroberung enthalten.

weil es sonst nicht gedeihen könne. Der Ministerpräsident trat sodann der Behauptung entgegen, daß die slowakische Regierung „ohne die Arbeiter“ gebildet worden sei. Er stellte demgegenüber fest, daß in der Regierung allerdings keine marxistischen Vertreter anwesend seien, was aber ganz und gar nicht heiße, daß die Arbeiter nicht gewissenhafteste Vertretung hätten.

lungshauses beisteuern. Er soll ja nicht zur Miete wohnen; es vielmehr sein Haus sein. Die für die Kleiniedlung geltenden Bestimmungen der Reichsregierung fordern deshalb eine Eigenleistung der Siedler von zehn bis zwanzig Prozent der gesamten Bau- und Bodenkosten. Wer diese je nach den tatsächlichen Baukosten natürlich verschieden hohe Summe nicht allein aufbringt, kann sich auch das fehlende Geld von Verwandten, Bekannten oder auch von jenem Arbeitgeber als Darlehen geben lassen.

Die Größe, Ausstattung und damit der Gesamtpreis eines Siedlerhauses wird immer von dem Lohnverhältnis des Siedlers, also von der Summe abhängig sein, die er monatlich für seine Siedlerstelle aufzuwenden imstande ist. Wenn die vom Reich ausgegebenen Bestimmungen eine Höchstgrenze der Bau- und Bodenkosten von 7000 Mark festlegen, dann gehört schon ein ganz beträchtliches Einkommen des Siedlers dazu. Diese Baukosten werden deshalb immerhin eine Ausnahme bilden; im Einzelfall wird man mit 5500 Mark bis 6000 Mark auskommen.

Wie werden die Baukosten aufgebracht? Die Baukosten sollen weitgehend aus dem freien Kapitalmarkt und durch Eigenleistung der Siedler gedeckt werden. Das Reich gibt dazu ein Darlehen bis zu 2000 Mark je Siedlerstelle. Für Kinderreiche, bei besonders niedrigem Lohnverhältnis, auch in wirtschaftlich benachteiligten Not- und Grenzgebieten gewährt das Reich darüber hinaus weitere Vergünstigungen durch Zuschuldarlehen, Zinsermäßigungen etc. zumal der Reichsregierung an der Ansiedlung namentlich der Kinderreichen gelegen ist.

Wer baut solche Kleiniedlungen? Die Durchführung einer Siedlung wird einem vom Reichsarbeitsministerium für diese Zwecke geschaffenen Siedlungssträger übertragen. Die damit zusammenhängenden Arbeiten erfordern langjährige Erfahrung. Deshalb wird die Trägerschaft in der Regel einem gemeinnützigen Wohnungsunternehmen übertragen, das dem Staat die Gewähr für eine einwandfreie Durchführung der Siedlung bietet.

Örtliches und Sächsisches

Die Volkspflegerin

Es gibt keinen Beruf, der mehr mütterliche Kräfte, mehr erzieherische Fähigkeiten, mehr unberechenbaren Gerechtigkeitssinn und naturgegebene Herzenswärme erfordert als der der Volkspflegerin. Es gibt wohl aber auch kaum irgendeinen anderen weiblichen Beruf, der so mit innerer Freude erfüllt und einen so ausgebreiteten und vielseitigen Wirkungsbereich hat. Denn überall dort, wo wirtschaftliche Not und seelisches oder körperliches Elend bei unseren Volksgenossen herrschen, ist die Volkspflegerin am Werk, um helfend und ratend, vermittelnd und heilend einzugreifen. So wie jede Mutter bereit ist, überall dort ihr ganzes Können und ihre ganzen Kräfte einzusetzen, wo es gilt, Not und Gefahren von ihren Kindern abzuwenden.

Aber ebensovienig, wie die Mutter aus eigenen Kräften alle Nöte und Sorgen von den Ihren allein abwenden kann, steht die Volkspflegerin nur auf sich gestellt im Kampf. Ihr ist die Möglichkeit gegeben, zur gütigen Mitarbeiterin zu werden zwischen den Notleidenden und den großen Hilfen, die der Staat den Bedürftigen zur Verfügung stellt. So ist sie nicht nur in der Familienfürsorge, in der Säuglingsfürsorge, der Schwangerschaftshilfe, der Eberberatung und der Tuberkulosefürsorge tätig, sondern wird auch in erster Linie in den Gau- und Kreisamtsleitungen der NS-Volkswohlfahrt und im Hilfswerk „Mutter und Kind“ eingesetzt, um in liebevoller Gerechtigkeit die ihr Anvertrauten zu schützen, und zugleich die große Schar des ehrenamtlichen Hilfskreises in ihrem Kampf gegen die Not zu unterweisen und zu beraten. Im Arbeitsamt als Vermittlerin und Berufsberaterin und im Wirtschaftsleben als soziale Betriebsarbeiterin greift die Volkspflegerin nicht nur überall dort helfend und versorgend ein, wo es gilt, Not und Elend zu lindern, sondern vor allem dort, wo es gilt, Menschen zu tatkräftigen und der Gemeinschaft gegenüber verantwortungsbewußten Volksgenossen zu erziehen.

Alle diese fast unbegrenzten Möglichkeiten des lebendigen Mitaufbauens an unserem Volk verlangen Menschen, die beste weibliche Kräfte in sich fühlen und durch umfassende Ausbildung allen an sie heranretenden Anforderungen gewachsen sind.

Junge Mädchen zwischen 20 und 35 Jahren, die gründliche hauswirtschaftliche und pflegerische Vorkenntnisse haben oder eine vierjährige Berufsausbildung nachweisen können, finden Aufnahme in den Ausbildungsstätten für Volkspflegerinnen im Reich. In Kameradschaftshäusern erleben die Schülerinnen ihre zweijährige Ausbildungszeit in froher Lebens- und Arbeitsgemeinschaft.

In diesem Gemeinschaftsleben, in dem es keine Gängelei und keinen veralteten Internatsbetrieb gibt, in dem Freiheit herrscht und Zucht und Ordnung das Leben regeln, wird eine Anleihe an jungen Menschen herangezogen, die nach ihrem Staatsexamen als wertvolle Hilfskräfte des deutschen Staates ihre verantwortungsvollen und schönen Aufgaben erfüllen werden. D. B.

Pulsant. Heimkehrende Truppe. Heute vormittag machte eine aus dem Sudetengau heimkehrende Luftnachrichten-Abteilung auf unserem Hauptmarkt kurze Rast. Die Fahrzeuge waren mit Blumen und mit Wimpeln der Sudetendeutschen Partei reich geschmückt.

Pulsant. Musikalische Vesper in der Kirche. Auch dieses Jahr findet am Reformationsfest (18 Uhr) in unserer Kirche eine musikalische Vesper statt. In diesen Tagen werden nun die letzten Erneuerungsarbeiten an unserer Orgel durch die Firma Gule in Bautzen vorgenommen. Wenn diese ihren Abschluß genommen haben, dann wird unsere Orgel nun auch in langjähriger Beziehung allen Anforderungen gerecht werden können, die man heute in evangelischen Kirchen im Gottesdienst wie in kirchenmusikalischen Feiern an die Orgel stellt. So wird die erneuerte Orgel erstmalig in der musikalischen Vesper voll und ganz zur Wirkung kommen. Spielen wird sie einer der begabtesten Organisten der jüngeren Generation; das ist ein Meisterhelfer von Professor Günther Ramin, dem Organisten an der Thomaskirche zu Leipzig, der Dresdner Kantor und Organist an der Dom-(Sophien-)Kirche Hans Heinke.

Jetzt das Mützen kühlen! Alle Freunde von gesundem und schmackhaften Gemüse haben jetzt Gelegenheit, sich einmal ihr Mützen in ausgiebiger Weise an Blumenkohl zu kühlen. Der jetzt anfallende Spätkohl steht in großen Mengen am Markt und zeigt mit schönen, vollen Köpfen eine ausgezeichnete Beschaffenheit. Die günstige Witterung, vor allem die goldene Herbstsonne, hat eine reiche Ernte von besonders guter Qualität erreichen lassen. Es liegt an uns, die Wertschätzung, die der Blumenkohl nicht nur bei Feinschmeckern, sondern überhaupt bei jedem Gemüseliebhaber genießt, erneut zu beweisen. Gerade jetzt vor Zoreschluß des Gemüsaufalles ist die beste Gelegenheit, sich an Blumenkohl noch einmal richtig satt zu essen. Die Preisfrage ist hierbei weniger von Bedeutung, da der Blumenkohl zu einem niedrigen Preis zum Verkauf steht. Ueber die vielseitige Verwendungsmöglichkeit des Blumenkohls braucht wohl nichts gesagt zu werden. Jede Hausfrau ist hierüber im Bilde. Fest steht aber, daß Blumenkohl dem Mittagstisch ein beinahe festliches Gepräge gibt, ganz gleich, wie er auf den Tisch kommt. In wenigen Tagen schon werden die jetzt starken Zufuhren geringer werden. Deshalb sollte jeder jetzt noch einmal sein Mützen an Blumenkohl kühlen.

Höchstpreise für Wild und Wildgeflügel. Auf Grund ihrer zugegangener Mitteilungen weist die Industrie- und Handelskammer zu Zittau darauf hin, daß für den Verkauf von Wild und Wildgeflügel durch Jäger, Großhändler, Aufkäufer oder deren Beauftragte bestimmte Höchstpreise, die in einer Verordnung vom 7. Oktober 1937 festgelegt sind, nicht überschritten werden dürfen. Beim Verkauf an Großhändler oder Aufkäufer müssen Jäger einen Abschlag in Höhe von 10 Prozent gewähren. Es ist beobachtet worden; daß sich Jäger zuweilen an diese Preise nicht halten, und zwar zumal dann, wenn es sich um die Abgabe von Wild oder Wildgeflügel unmittelbar an die Verbraucherschaft, hauptsächlich z. B. auch an Gastwirte, handelt. Nach § 3 dieser Verordnung können Zuwiderhandlungen mit Gefängnis und Geldstrafe, letztere in unbegrenzter Höhe, geahndet werden. Es empfiehlt sich deshalb, auf die Einhaltung der Bestimmungen nachdrücklich zu achten.

Klassen werden nicht mehr übersprungen. Durch die neuen Unterrichts- und Erziehungsrichtlinien hat die höhere Schule, nachdem sie auf acht Schuljahre gestürzt worden ist eine neue, in sich geschlossene Erziehungs- und Bildungsaufgabe bekommen. Der Reichserziehungsminister hat angeordnet, daß von der Maßnahme, einen Schüler wegen besonderer Leistungen vorzeitig in die nächsthöhere Klasse zu versetzen oder zur Reifeprüfung zuzulassen, in Zukunft grundsätzlich abzusehen ist. Nur in ganz außerordentlichen Fällen dürfen noch Ausnahmen zugelassen werden.

Eine Vereinbarung mit Prag

Regelung des Zahlungsverkehrs zwischen dem sudetendeutschen Gebiet und der Tschecho-Slowakei

Zwischen der deutschen und der tschecho-slowakischen Regierung ist eine Vereinbarung über die Regelung des Zahlungsverkehrs zwischen den sudetendeutschen Gebieten und der Tschecho-Slowakei getroffen worden. Die Abwicklung der Zahlungen im Waren- und im Reiseverkehr zwischen diesen beiden Gebieten wird hier nach im wesentlichen nach den gleichen Grundsätzen erfolgen, die bisher für den Zahlungsverkehr zwischen dem Deutschen Reich und der Tschecho-Slowakischen Republik galten.

Die ungarische Antwort an Prag

Verständigung über einen ansehnlichen Teil der Forderungen Ungarns — Volksabstimmung vorgeschlagen

Zum Inhalt der Montag mittag in Prag überreichten Antwortnote Ungarns verlaute in unterrichteten Budapest Kreisen, daß hinsichtlich der gebietsmäßigen Probleme ungarischerseits zwei Gesichtspunkte besonders beachtet wurden. Einmal habe die ungarische Regierung mit Genugtuung konstatiert, daß in bezug auf einen ansehnlichen Teil der ungarischen Forderungen zwischen den beiden Regierungen eine Uebereinstimmung bestehe, und habe daher den Vorschlag gemacht, daß die ungarischen Truppen das nichtstrittige Gebiet innerhalb eines festgesetzten Zeitpunktes besetzen sollen. Zum anderen habe die ungarische Regierung festgestellt, daß zwischen den beiden Regierungen noch immer Meinungsverschiedenheiten obwalten, die sich in erster Linie auf die Wichtigkeit der der Rückgliederung entzogenen Gebieten beziehen.

Die ungarische Regierung habe ferner betont, daß Ungarn auf gewisse Gebiete selbst im Geiste des Minderner Abkommens nicht verzichten könne. Trotz allem aber wünsche die ungarische Regierung noch einmal den Beweis weitgehender Friedfertigkeit zu liefern. Sie beantrage daher, eine Volksabstimmung in jenen Gebietsteilen abzuhalten, die sich zwischen der von der ungarischen Regierung vorgeschlagenen ethnographischen Grenzlinie und der Grenzlinie des von der tschecho-slowakischen Regierung letzthin angebotenen Gebietes erstrecken.

Deutsche Soldaten vollkommen korrekt auch gegenüber den Tschechen

Prag. Die tschechischen Blätter veröffentlichen jetzt immer häufiger Berichte aus den besetzten Gebieten. In keinem dieser Berichte sind irgend welche Andeutungen von Gewalttaten oder

Der Weg zur Kleiniedlung

Nicht jeder kann siedeln. Vielen Volksgenossen wird es aus den verschiedensten Gründen nicht möglich sein, eine Siedlerstelle zufriedensstellend bewirtschaften zu können. Sie werden sich mit einer Geisidwohnung oder einem Eigenheim ohne Landzulage und Stall begnügen. Wer aber Zeit und Lust aufbringt, sein eigener Herr auf eigener Scholle sein will und seine Kinder lieber in freier Natur fern vom Getriebe der Großstadt aufwachsen sieht, dem wird die Erlangung einer Kleiniedlerstelle die Verwirklichung alter, langgehegter Träume bedeuten.

Bestimmte Voraussetzungen müssen, den Anordnungen und Bestimmungen der Reichsregierung entsprechend, dabei erfüllt sein. Der Siedler und seine Ehefrau müssen deutsche Reichsangehörige, deutschen oder arverwandten Blutes, politisch zuverlässig und erbgutfähig sein. Er soll nicht nennenswert verschuldet sein und sich nach Möglichkeit in einem festen Arbeitsverhältnis befinden. Diese wirtschaftliche Sicherung der Siedlerstelle und der Daseinsgrundlage jedes einzelnen Siedlers ist außerordentlich wichtig, weil die Siedlerstellen nicht wie irgendeine Mietwohnung beliebig gewechselt werden kann, sondern vielmehr eine Heimstätte, ein Stück Heimat sein soll, mit der er nur immer inniger verwachsen wird.

Wenn sich in einer Gemeinde eine ausreichende Anzahl solcher Volksgenossen gefunden hat und geeignetes Land zur Errichtung einer Kleiniedlung zur Verfügung steht, werden die eingereichten Gesuche, denen im übrigen eine Lohnbescheinigung des Arbeitgebers beizufügen ist, einem örtlichen Prüfungsausschuß unterbreitet. Dieser Ausschuß entscheidet darüber, ob der Bewerber für eine Siedlerstelle geeignet ist oder nicht. Eine ärztliche Untersuchung ist nur dann notwendig, wenn Zweifel über die Erbgutfähigkeit der Familie bestehen.

Wieviel kostet eine Siedlerstelle?

Der Siedler soll auch finanziell zum Bau eines Sied-